

Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags (AzA)

im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb

Beschaffung von 32 Solo-BEV-Bussen

für die

Verkehrsgesellschaft Meißen mbH
Hafenstraße 51
01662 Meißen

Version: V-0

Stand: 29.06.2026

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--------|--|----|
| 1. | Auftraggeber, Vergabestelle und Ansprechpartner | 5 |
| 1.1. | Auftraggeber | 5 |
| 1.2. | Vergabestelle..... | 5 |
| 1.3. | Ansprechpartner..... | 5 |
| 2. | Gegenstand der Vergabe..... | 5 |
| 3. | Art der Vergabe | 5 |
| 4. | Wettbewerbsbeschränkungen | 5 |
| 5. | Kommunikation mit der Vergabestelle | 5 |
| 6. | Hinweise zur Antragserstellung..... | 6 |
| 6.1. | Verfahrenssprache | 6 |
| 6.2. | Nebenangebote, mehrere Hauptangebote..... | 6 |
| 7. | Verfahrensablauf..... | 6 |
| 7.1. | Erste Phase: Teilnahmewettbewerb | 6 |
| 7.2. | Zweite Phase: Bieterphase, verbindliche Erstangebote..... | 7 |
| 7.3. | Dritte Phase: Verhandlungen und verbindliche Folgeangebote (bei Bedarf) | 8 |
| 8. | Angaben zum Bewerber und zur Eignung | 8 |
| 8.1. | Unternehmensangaben..... | 8 |
| 8.2. | Bewerbergemeinschaft | 8 |
| 8.3. | Unteraufträge..... | 8 |
| 8.4. | Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe)..... | 9 |
| 8.5. | Eignungskriterien..... | 9 |
| 8.5.1. | Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung | 9 |
| 8.5.2. | Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit..... | 9 |
| 8.5.3. | Technische und berufliche Leistungsfähigkeit | 10 |
| 9. | Wertung und Zuschlagskriterien | 10 |
| 10. | Abgabe von Teilnahmeanträgen und Form..... | 12 |
| 10.1. | Allgemeines | 12 |
| 10.2. | Form | 13 |
| 10.3. | Nachforderung | 13 |
| 10.4. | Aufklärung | 13 |
| 11. | Vorläufiger Zeitplan..... | 13 |
| 12. | Teilnahme- und Vergabeunterlagen | 14 |
| 12.1. | Unterlagen die dem Bewerber als Grundlage für die Erstellung eines Teilnahmeantrags zur Verfügung gestellt werden..... | 14 |

| | | |
|--------|---|----|
| 12.2. | Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind: | 15 |
| 12.3. | Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Angebot einzureichen sind – vorläufig:..... | 16 |
| 13. | Allgemeine Hinweise und Informationen..... | 17 |
| 13.1. | Fragen und Auskünfte zur Vergabepattform | 17 |
| 13.2. | Verfahrenssprache | 17 |
| 13.3. | Vertraulichkeit | 17 |
| 13.4. | Datenschutz..... | 18 |
| 13.5. | Kostenerstattung..... | 18 |
| 13.6. | Zuschlags- und Bindefrist | 18 |
| 13.7. | Form der Zuschlagserteilung | 18 |
| 13.8. | Vertragsgrundlage/ Besondere Vertragsbedingungen | 18 |
| 13.9. | Gender-Hinweis..... | 18 |
| 13.10. | Vergabekammer | 19 |

Vorwort

Ein erfolgreiches Vergabeverfahren lebt von einem konstruktiven Austausch zwischen Vergabestelle und Bewerbenden. Daher werden Bewerbende ausdrücklich ermutigt, bei Unklarheiten, Verständnisfragen oder sonstigem Klärungsbedarf von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Rückfragen zu stellen.

Dies gilt nicht nur für die Auslegung und das Verständnis der Vergabeunterlagen. Vielmehr begrüßt die Vergabestelle auch Hinweise, Anmerkungen oder fachliche Rückmeldungen zu den in den Vergabeunterlagen beschriebenen Anforderungen und Rahmenbedingungen, sofern diese aus Sicht der Bewerbenden sachgerecht erscheinen und zur Optimierung des Vergabeverfahrens oder des späteren Leistungsgegenstands beitragen können.

Insbesondere werden Bewerbende gebeten, auf technische, fachliche oder marktseitige Entwicklungen hinzuweisen, die bei der Erstellung der Vergabeunterlagen möglicherweise noch nicht berücksichtigt werden konnten. Sofern sich aufgrund des technischen Fortschritts, innovativer Lösungsansätze oder neuer Marktstandards Anpassungs- oder Ergänzungsbedarfe ergeben, können und sollen entsprechende Hinweise im Rahmen von Bieterfragen eingebracht werden. Solche Hinweise sind nachvollziehbar darzustellen und fachlich zu begründen.

Die Vergabestelle wird sämtliche eingehenden Rückfragen und Hinweise sorgfältig prüfen und – soweit vergaberechtlich zulässig und sachlich geboten – bei der weiteren Durchführung des Vergabeverfahrens berücksichtigen.

Näheres hierzu regelt Ziff. 5.

1. Auftraggeber, Vergabestelle und Ansprechpartner

1.1. Auftraggeber

Verkehrsgesellschaft Meißen mbH (kurz: VGM)
Hafenstraße 51
01662 Meißen

1.2. Vergabestelle

BPV Consult GmbH
Löhrstraße 113
56068 Koblenz

1.3. Ansprechpartner

Maike Hommer
zu erreichen über den Kommunikationsbereich (Nachrichten-Tool) der Vergabeplattform; siehe auch Ziff. 5.

2. Gegenstand der Vergabe

Der Auftraggeber beabsichtigt 32 Solo-BEV-Busse inkl. Schulung zu vergeben. Der Auftraggeber behält sich Änderungen des Auftragswerts im zulässigen Rahmen nach § 132 Abs. 2 und 3 GWB vor.

Einzelheiten zum Auftragsgegenstand sind den Vergabeunterlagen (vgl. Ziff. 12) zu entnehmen.

3. Art der Vergabe

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 15 SektVO durchgeführt.

Es handelt sich hierbei um ein europaweites Vergabeverfahren.

4. Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

5. Kommunikation mit der Vergabestelle

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bewerbern während des gesamten Vergabeverfahrens hat ausschließlich über die Vergabeplattform (Nachrichten-Tool) zu erfolgen. Außerhalb des beschriebenen Weges über die Plattform werden Auskünfte nicht erteilt und sind – falls sie dennoch erteilt werden sollten – nicht verbindlich.

Etwaige Fragen der Bewerber werden bei der Vergabestelle gesammelt, bearbeitet und zeitnah allen Bewerbern gegenüber in anonymisierter Form beantwortet. Fragen und Hinweise der Be-

werber zum Vergabeverfahren oder zu den Vergabeunterlagen sind über die vorgenannte Vergabeplattform rechtzeitig in deutscher Sprache einzureichen. Die den Bewerbern übermittelten Antworten werden Gegenstand der Vergabeunterlagen.

Fragen der Bewerber, die später als 8 Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Frist gestellt werden, muss der Auftraggeber nicht mehr beantworten. Rechtzeitig gestellte Fragen werden bis spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Frist beantwortet (siehe auch Ziff. 11).

Bei später eingegangenen Fragen behält die Vergabestelle sich vor, diese nicht mehr zu beantworten.

Auf die gesetzlichen Rügeobliegenheiten des § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Rügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen und ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform zu erheben. Sie sind in deutscher Sprache zu formulieren.

6. Hinweise zur Antragserstellung

6.1. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Der Teilnahmeantrag sowie sämtliche Anlagen, Nachweise, Erklärungen etc. sind in deutscher Sprache abzufassen und einzureichen.

Fall notwendig sind Übersetzungen beizufügen.

6.2. Nebenangebote, mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von Nebenangeboten und / oder weiteren Hauptangeboten ist nicht zugelassen.

7. Verfahrensablauf

Es muss für die Dauer des Vergabeverfahrens ein verantwortlicher deutschsprachiger Ansprechpartner seitens der Bewerber (vgl. Formblatt 3.1 bzw. 4.1) benannt werden.

Das Verfahren wird grundsätzlich in zwei Phasen durchgeführt:

- 1. Phase: Teilnahmewettbewerb
- 2. Phase: Verbindliche Erstangebote
- 3. Phase: Verhandlungen und verbindliche Folgeangebote (bei Bedarf)

7.1. Erste Phase: Teilnahmewettbewerb

Die Bewerbung – der Teilnahmeantrag – ist innerhalb der gesetzten Bewerbungsfrist

30.07.2026, 10:00 Uhr (Ende der Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen)

nach erfolgter Registrierung ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen.

Maßgeblich ist der Eingang des Teilnahmeantrags. Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn der verspätete Eingang auf Umstände zurückzuführen ist, die nicht vom Bewerber zu vertreten sind. Dies muss vom Bewerber unverzüglich nachgewiesen werden.

Das Risiko des rechtzeitigen Eingangs der Bewerbung trägt der Bewerber, es sei denn, er hat den Umstand für die Verspätung nicht zu vertreten.

Der Bewerber hat die Möglichkeit, alle für die Abgabe eines Teilnahmeantrags bestimmten Unterlagen zur Vereinfachung durch .zip (Dateiformat: .zip) oder .pdf zu bündeln und einzureichen.

Alle Bewerber, die die Mindestanforderungen erfüllen und als geeignet eingestuft werden, werden zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebots aufgefordert.

7.2. Zweite Phase: Bieterphase, verbindliche Erstangebote

Alle zugelassenen Bewerber erhalten nach dem Abschluss des Teilnahmewettbewerbs die Aufforderung zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebots mit allen für die Angebotserstellung notwendigen Informationen.

Dies wird voraussichtlich am **14.08.2026** geschehen.

Der Ablauf der Frist für die Abgabe der Angebote ist für den **14.09.2026, 10:00 Uhr**, geplant.

Die Angebote mit den im Aufforderungsschreiben geforderten Unterlagen sind innerhalb der dafür noch abschließend festzusetzenden Angebotsfrist ebenfalls über die Vergabeplattform hochzuladen.

Aufklärung im Rahmen der Angebotsphase – Teststellung:

Der Auftraggeber kann nach Angebotsabgabe zusätzlich von einzelnen oder mehreren Bietern die Bereitstellung eines dem angebotenen vergleichbaren Fahrzeugtyp entsprechenden BEV-Bus verlangen, soweit dies zur Aufklärung des Angebots, zur Verifizierung der angebotenen technischen Lösung oder zum Kennenlernen eines dem Auftraggeber bislang nicht bekannten Fahrzeugtyps erforderlich ist. Die Fahrzeugvorstellung kann insbesondere eine Besichtigung und/oder Probefahrt umfassen. Eine gesonderte Bewertung erfolgt nicht; die hierbei gewonnenen Erkenntnisse dienen ausschließlich der Auslegung, Verifizierung und Aufklärung der im Angebot enthaltenen Angaben/Unklarheiten. Ort, Zeitpunkt und weitere Rahmenbedingungen werden den betroffenen Bietern gesondert mitgeteilt. Hierzu haben sich die Bieter – für den Fall der Aufforderung – bereits vorab das folgende Zeitfenster vorzumerken: KW 38 bis KW 40.

Vorbehalt von Verhandlungen

Der Auftraggeber beabsichtigt, den Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten (§ 15 Abs. 4 SektVO).

Die Bieter sind daher verpflichtet, bereits mit ihrem Erstangebot ein **vollständiges, verbindliches, uneingeschränkt wertbares und zuschlagsfähiges Angebot** einzureichen.

Die Bieter müssen daher davon ausgehen, dass

- keine Gelegenheit zur Nachbesserung oder Optimierung ihrer Angebote besteht und
- ihr Erstangebot die alleinige Grundlage der Zuschlagsentscheidung sein kann.

Angebote, die erkennbar auf eine spätere Verhandlungsrunde ausgerichtet sind oder wesentliche Punkte offenlassen, können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, nach eigenem Ermessen sowie unter Berücksichtigung von Transparenz, Gleichberechtigung und Wettbewerb Verhandlungen durchzuführen und die Bieter zur Abgabe überarbeiteter Angebote aufzufordern.

Ein Anspruch auf Verhandlungen oder auf eine bestimmte Anzahl von Verhandlungsrunden besteht nicht.

7.3. Dritte Phase: Verhandlungen und verbindliche Folgeangebote (bei Bedarf)

Voraussetzt der Auftraggeber entscheidet sich doch für Verhandlungen, werden diese aller Voraussicht nach im Zeitraum KW 40 bis KW 41 stattfinden. Anpassungen bleiben dem Auftraggeber vorbehalten. Die Bieter werden darüber entsprechend zeitnah informiert.

Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber vor, die Verhandlungsrunde(n) online durchzuführen.

8. Angaben zum Bewerber und zur Eignung

8.1. Unternehmensangaben

Der Teilnahmeantrag muss eindeutige und vollständige Angaben über das Unternehmen des Bewerbers bzw. die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft enthalten (insbesondere: Firma/Unternehmensbezeichnung, Rechtsform, Anschrift, E-Mail-Adresse, Name der Ansprechpartner). Die Angaben müssen aktuell sein und den Eintragungen im Berufs- bzw. Handelsregister entsprechen (soweit dort eine Eintragung erfolgt).

8.2. Bewerbergemeinschaft

Eine Bewerbergemeinschaft ist ein Unternehmenszusammenschluss von mindestens zwei Unternehmen zur gemeinschaftlichen Bewerbung um einen Auftrag oder eine Ausschreibung, mit dem Ziel, im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Bei der Bewerbergemeinschaft sind alle Unternehmen innerhalb dieses Zusammenschlusses gleichberechtigt und Vertragspartner gegenüber dem Auftraggeber.

Bei der Bildung einer Bewerbergemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag die Erklärung der Bewerbergemeinschaft (Formblatt 3.4) einzureichen.

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den einschlägigen vergaberechtlichen Normen muss von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wird durch das Einreichen der Eigenerklärung zur Eignung durch **jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft** erbracht.

Ein Wechsel von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft oder die nachträgliche Bildung einer solchen ist unzulässig.

Im Falle einer Bewerbergemeinschaft kann eine (abgekürzte) Bezeichnung der Gemeinschaft als „Bewerber“/„Bieter“ gewählt werden, wenn diese Bezeichnung hinreichend eindeutig und bestimmt ist und die geforderten Angaben zu den Mitgliedern aus den weiteren Angaben und Unterlagen (Formblatt 3.4 Erklärung Bewerbergemeinschaft) hervorgehen.

8.3. Unteraufträge

Die Vergabe von Unteraufträgen liegt dann vor, wenn der Hauptunternehmer (= Bieter) zur Erfüllung des Auftrags beabsichtigt, ein weiteres Unternehmen (= Unterauftragnehmer; partizipiert nicht aktiv mit im Verfahren) mit der Erbringung von Teilleistungen zu beauftragen. Der Unterauftragnehmer hat keine Vertragsbeziehung zum Auftraggeber, sondern lediglich zum Bieter. Vor Vertragsschluss (= mit Zuschlag) müssen die Unterauftragnehmer namentlich bekannt sein.

Beabsichtigt der Bewerber Teile der Leistung an andere Unternehmen weiterzugeben (**Unterauftragnehmer/Nachunternehmer**), so hat er – soweit möglich – das Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (Formblatt 3.5) und eine Verpflichtungserklärung Drittunternehmen (Muster Formblatt 3.6) vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

Der Bewerber muss Art und Umfang der vorgesehenen Leistungsbereiche in seinem Teilnahmeantrag bezeichnen. Für die im Vergabeverfahren im Einzelnen bezeichneten Leistungsbestandteile und Subunternehmer gilt die Zustimmung mit dem Zuschlag als erteilt.

8.4. Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe)

Bei der Eignungsleihe (=Kapazität anderer Unternehmen) leiht sich ein Unternehmen (= Bewerber oder Bewerbergemeinschaft) die Eignung bei einem anderen Unternehmen. Die Eignungsleihe kann sich auf die wirtschaftliche & finanzielle und die technische & berufliche Leistungsfähigkeit beziehen. Bei der Eignungsleihe stehen „Leiher“ und „Verleiher“ in einem Vereinbarungsverhältnis zueinander. Es besteht keine vertragliche Beziehung zum Auftraggeber und aus der Eignungsleihe selbst geht keine Verpflichtung zur Ausführung einer Leistung hervor.

Nimmt der Bewerber in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und/oder technische & berufliche Leistungsfähigkeit im Rahmen einer **Eignungsleihe** die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, so hat er neben dem Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (Formblatt 3.5) eine Verpflichtungserklärung Drittunternehmen (Muster Formblatt 3.6) vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

8.5. Eignungskriterien

Die Eignung der Bewerber wird mit Abgabe des Teilnahmeantrags festgestellt.

8.5.1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Der Nachweis zur **Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung** erfolgt auf Basis

- Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) oder vergleichbar

Hinweis: Stichtag ist der Schluss der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge. Für Unternehmen, die nicht zur Eintragung verpflichtet oder ausländische Unternehmen sind, ist ein vergleichbarer Nachweis vorzulegen; vgl. Formblatt 3.2, Ziff. 2.1.

8.5.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Der Nachweis der **wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit** erfolgt

- durch Vorlage der Jahresabschlüsse der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie gegebenenfalls Anhang und Lagebericht, soweit deren Erstellung nach dem Recht des Niederlassungsstaates des Bewerbers bzw. Bieters vorgesehen ist.

Soweit Jahresabschlüsse nach dem Recht des Niederlassungsstaates nicht erstellt werden oder einzelne Bestandteile nicht vorhanden sind, sind gleichwertige Nachweise vorzulegen, die dem Auftraggeber eine Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ermöglichen.

Der Auftraggeber wird die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit insbesondere anhand der aus den vorgelegten Unterlagen ableitbaren Kennzahlen beurteilen. Hierzu gehören insbesondere:

- Eigenkapitalquote,
- Verschuldungsgrad,
- Current Ratio,
- Cashflow-Deckung,
- EBIT-Marge,
- Umsatzentwicklung.

Die Kennzahlen werden vom Auftraggeber auf Grundlage der eingereichten Unterlagen ermittelt und im Rahmen einer Gesamtwürdigung beurteilt. Die zugrundeliegenden Berechnungsvorschriften können dem Anhang 1 dieses Dokuments entnommen werden.

Zusätzlich berücksichtigt der Auftraggeber das Verhältnis des durchschnittlichen Jahresumsatzes der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre zum geschätzten Auftragswert. Bestehen aufgrund dieses Verhältnisses oder aufgrund der vorgelegten Finanzdaten Zweifel an der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit, kann der Auftraggeber ergänzende Nachweise, insbesondere zu Finanzierungs- und Liquiditätsmöglichkeiten, anfordern.

- auf Basis einer Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung (Formblatt 3.8) als Versicherungsnachweis/Versicherungsbestätigung oder als Absichtserklärung für einen Abschluss mit Zuschlagserteilung

Mindestanforderungen:

- Personenschäden: mindestens 10 Mio. € je Schadensfall

- Sachschäden: mindestens 5 Mio. € je Schadensfall

- Vermögensschäden: mindestens 1 Mio. € je Schadensfall

- Produkthaftpflichtversicherung inkl. Rückrufkosten: mindestens 10 Mio. € je Schadensfall

Die vorgenannten Deckungssummen für jede Leistung müssen mindestens zweifach maximiert pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Die Versicherung muss während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten werden.

8.5.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Der Nachweis der **technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit** erfolgt auf Basis

- vergleichbarer Referenznachweise (Formblatt 3.9)

Mindestanforderungen:

Referenzanzahl: mind. 5 vergleichbare Referenzen

Lieferumfang und Antriebsart: Lieferung von Solo-BEV-Bussen

Fahrzeuglänge: 11,5 bis 12,5 m

Zeitraum: aus den letzten 3 Jahren; zwischen dem 01.01.2023 und dem Schluss der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge

Zweck des Einsatzes: ÖPNV-Linienbetrieb

Fahrzeuganzahl: 10 Fahrzeuge pro Referenz; davon müssen mind. 5 Fahrzeuge durch den Auftraggeber abgenommen und mind. seit 2 Monaten im regulären Linienbetrieb sein

9. Wertung und Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot in der Form des günstigsten Wertungspreis erteilt (100 % Preis).

Der Wertungspreis wird dergestalt ermittelt, dass bei besonders guter Erfüllung von Qualitätskriterien im Einzelnen definierte fiktive Preisreduktionen („- fiktiver Wertungspreismachlass“) einberechnet werden. Der solchermaßen ermittelte niedrigste Preis ist dann der günstigste Wertungspreis.

Die **Bildung des Wertungspreises** erfolgt nach dem folgenden Schema:

- **1. „Grundangebot“:** Der Wertungspreis für dieses Kriterium entspricht dem auf dem Preisblatt ausgewiesenen Grundpreis für die Lieferung der Solo-BEV-Busse inkl. Schulung (für Werkstatt- und Fahrpersonal), Spezialwerkzeuge und Prüfgeräte inkl. Software zur Wartung der HV-Komponenten sowie ggf. inkl. erforderliche Batteriewechsel gemäß Anlage 1 (Lastenheft), Ziff. 4.4 (ID-Nr. 404010).
- **2. „Batteriewechsel“:** Die zugesicherte vollständige Nutzungsdauer der Ursprungsbatterie über die gesamte betriebliche Lebensdauer des Fahrzeugs reduziert zusätzlich Nachhaltigkeits-, Verfügbarkeits- und Technologierisiken signifikant. Hierdurch entstehen dem Auftraggeber Vorteile hinsichtlich Betriebssicherheit, Kalkulationssicherheit, Werkstattentlastung und Auswirkungen auf die Umwelt bei der Rohstoffgewinnung. Der Bieter kann dann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern er gem. Anlage 1 (Lastenheft), Ziff. 4.4 (ID-Nr. 404010), keinen Batteriewechsel vornehmen muss.
- **3. „Reichweite“:** Eine höhere Reichweite ermöglicht mehr betriebliche Flexibilität und Stabilität für den Auftraggeber. Maßgebend für die Wertung der Reichweite ist die Berechnung des Energieverbrauchs gemäß VECTO-Verfahren in Kombination mit dem nutzbaren Energieinhalt der Batterie am ersten Tag der Fahrzeuglieferung. Der Bieter kann dann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern er eine höhere Reichweite als 350 km unter den parametrisierten Bedingungen des VECTO-Verfahrens anbieten kann.
- **4. „Wartungsintervalle“:** Höhere Wartungsintervalle reduzieren die Häufigkeit sowie die Menge der Wartungsarbeiten, was zu einer Erhöhung der Fahrzeugverfügbarkeit mit gleichzeitiger Reduzierung der Wartungskosten für den Auftraggeber führt. Der Bieter kann dann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern er ein höheres Wartungsintervall als Ziff. 2.3 (ID-Nr. 203003), Anlage 1 (Lastenheft), anbieten kann.
- **5. „Entfernung des Servicepartners vor Ort“:** Die Distanz der Servicewerkstatt zu dem Betriebshof des Auftraggebers wirkt auf die Folgekosten bei dem Bedarf zur Überführung der Fahrzeuge von dem Betriebshof in die Servicewerkstatt. Die Nähe der Servicewerkstatt zu dem Betriebshof des Auftraggebers wird anhand der Luftlinie positiv bewertet. Maßgebend für die Berechnung der Luftlinie ist die Einfahrt des Betriebshofes des Auftraggebers sowie der Servicewerkstatt. Der Bieter kann dann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern er eine näher gelegene Servicewerkstatt anbieten kann (vgl. Anlage 1 (Lastenheft), Ziff. 2.1.11 (ID-Nr. 211004)).
- **6. „Energieverbrauch“:** Die Reduzierung des Energieverbrauches der Fahrzeuge reduziert die betrieblichen Kosten des Auftraggebers dauerhaft. Maßgebend für die Wertung des Energieverbrauchs ist die Ermittlung des Energieverbrauchs nach dem SORT-Verfahren. Der Bieter kann dann einen fiktiven Wertungspreisnachlass erhalten, sofern er geringe Energieverbräuche anbieten kann.

| Kriterien | Wertungspreisbildung |
|---|-----------------------------------|
| 1. Grundangebot | = Summe Grundangebot |
| 2. Batteriewechsel | - fiktiver Wertungspreinsnachlass |
| 3. Reichweite | - fiktiver Wertungspreinsnachlass |
| 4. Wartungsintervalle | - fiktiver Wertungspreinsnachlass |
| 5. Entfernung des Servicepartners vor Ort | - fiktiver Wertungspreinsnachlass |
| 6. Energieverbrauch | - fiktiver Wertungspreinsnachlass |
| | = Wertungspreis |

10. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Form

10.1. Allgemeines

Die Bewerber werden aufgefordert, die Vergabeunterlagen unmittelbar nach Abruf von der Vergabeplattform auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen und weiterhin zu prüfen, ob alle Dateien fehlerfrei geöffnet und deren Funktionen genutzt werden können.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach der Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Lücken, Widersprüche oder Fehler, die die Erstellung des Teilnahmeantrags einschließlich der Preisermittlung beeinflussen können, oder hat der Bewerber Zweifel an der rechtlichen, fachlichen oder rechnerischen Richtigkeit der Vergabeunterlagen (insgesamt „Fehler“ genannt), so hat er die Vergabestelle unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen elektronisch über die Vergabeplattform darüber zu informieren.

Der Auftraggeber behält sich vor, innerhalb der Fristen Berichtigungen und Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen vorzunehmen und diese allen beteiligten Unternehmen auf der Vergabeplattform zur Verfügung zu stellen. Die Bewerber sind verpflichtet, sich regelmäßig zu informieren, ob die Vergabeunterlagen aktualisiert worden sind.

Sofern ein Teilnahmeantrag vor der Aktualisierung oder Ergänzung der Vergabeunterlagen abgegeben wurde, ist der Bewerber verpflichtet, die letztgültigen Vergabeunterlagen (nach dem vorgenannten Zeitpunkt) nochmals zu prüfen und, sofern erforderlich, seine Unterlagen anzupassen bzw. erneut einzureichen. Unterbleibt eine entsprechende Anpassung/Erneuerung kann dies zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führen.

Der Teilnahmeantrag ist auf Basis der verbindlichen Vergabeunterlagen zu erstellen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen und Ergänzungen an den verbindlichen Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss von dem Verfahren.

Der Teilnahmeantrag muss den Anforderungen des Vergaberechts uneingeschränkt entsprechen. Die Vergabestelle verweist hier ausdrücklich auf die Ausschlussgründe gemäß den jeweils einschlägigen vergaberechtlichen Normen.

Die Bewerber haften für die Vollständigkeit und Richtigkeit aller in dem Teilnahmeantrag gemachten Angaben.

Durch die Abgabe des Teilnahmeantrags erklärt der Bewerber, dass er die Vergabeunterlagen vollständig durchgearbeitet, geprüft und anerkannt hat.

10.2. Form

Der Teilnahmeantrag und das Angebot sind ausschließlich in elektronischer Form über die Vergabeplattform

<https://dtvp.de/>

einzureichen.

Zur formgültigen Abgabe von elektronischen Teilnahmeanträgen genügt die **Textform nach § 126b BGB**. Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist dafür nicht erforderlich.

Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, die mit dem Teilnahmeantrag als PDF-Datei einzureichenden Unterlagen nach Abgabe eines Teilnahmeantrags im Original unterschrieben nachzufordern. Des Weiteren behält sich der Auftraggeber vor, für die Bestätigung der in den Eigenerklärungen gemachten Angaben weitergehende Nachweise zu verlangen.

Soweit für Erklärungen Formblätter vorgesehen sind, sind ausschließlich die von der Vergabestelle vorgegebenen Formblätter zu verwenden. Diese sind an den dafür vorgesehenen Stellen vollständig und in deutscher Sprache auszufüllen.

Bis zum Ende der jeweiligen Frist kann der Teilnahmeantrag zurückgezogen werden. Nach Ablauf der Frist ist eine Änderung oder Rücknahme eines eingereichten Teilnahmeantrags nicht mehr möglich.

Für die Abgabe eines Teilnahmeantrags ist der Bewerber dazu angehalten sich frühzeitig mit den technischen Gegebenheiten der eVergabeplattform sowie mit der Vorgehensweise der Abgabe auseinander zu setzen.

Weitere Details finden Sie unter dem folgenden Link: <https://support.cosinex.de/>

10.3. Nachforderung

Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, Nachforderungen durchzuführen, sofern die Teilnahmeanträge ohne weiteres bewertbar sind.

Der Auftraggeber behält sich vor, unvollständige oder fehlende Erklärungen oder Nachweise nachzufordern. Hierauf besteht seitens der Bewerber allerdings kein Anspruch. Die Vergabestelle ist auch berechtigt, unvollständige Teilnahmeanträge ohne Nachforderung auszuschließen. Die Bewerber sind daher im eigenen Interesse aufgerufen, für einen vollständigen Teilnahmeantrag Sorge zu tragen.

10.4. Aufklärung

Der Auftraggeber ist zur Aufklärung der Teilnahmeanträge sowie der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen, auch hinsichtlich etwaiger Unterauftragnehmer sowie anderer Unternehmen (Eignungsleihe) berechtigt. Zur Aufklärung können insbesondere erläuternde oder klarstellende Angaben des Bewerbers verlangt werden.

11. Vorläufiger Zeitplan

Derzeit ist folgender überschlägiger Zeitplan vorgesehen:

| | |
|---|---|
| Frist Rückfragen Teilnahmewettbewerb | 17.07.2026 |
| Frist Abgabe Teilnahmeanträge | 30.07.2026, 10:00 Uhr |
| Zulassung Bieterphase verbindliche Erstangebote (voraussichtlich) | 14.08.2026 |
| Frist Rückfragen verbindliche Erstangebote | 03.09.2026 |
| Frist Abgabe verbindliche Erstangebote | 14.09.2026, 10:00 Uhr |
| Bindefrist | 31.12.2026 |
| Vertragsbeginn | Die Vertragslaufzeit beginnt mit Zuschlagerteilung. |

Der vorstehende Zeitplan gibt den derzeitigen Planungsstand des Auftraggebers wieder und ist lediglich indikativer Natur. Die Vergabestelle behält sich vor, den Zeitplan und den Vertragsbeginn jederzeit zu ändern, wenn er dies für erforderlich hält. Die Anbieter werden über die Änderungen unterrichtet.

12. Teilnahme- und Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach der Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten, Lücken, Widersprüche oder Fehler, die die Erstellung des Teilnahmeantrags/Angebotes einschließlich der Preisermittlung beeinflussen können, oder hat der Bewerber/Bieter Zweifel an der rechtlichen, fachlichen oder rechnerischen Richtigkeit der Vergabeunterlagen (insgesamt „Fehler“ genannt), so hat er die Vergabestelle unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen elektronisch über die eVergabe-Plattform darüber zu informieren.

Der Auftraggeber behält sich vor, innerhalb der Fristen Berichtigungen und Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen vorzunehmen und diese allen beteiligten Unternehmen auf der Vergabeplattform zur Verfügung zu stellen. Die Bewerber/Bieter sind verpflichtet, sich regelmäßig zu informieren, ob die Vergabeunterlagen aktualisiert worden sind.

Sofern ein Teilnahmeantrag oder Angebot vor der Aktualisierung oder Ergänzung der Vergabeunterlagen abgegeben wurde, ist der Bewerber/Bieter verpflichtet, die letztgültigen Vergabeunterlagen (nach dem vorgenannten Zeitpunkt) nochmals zu prüfen und, sofern erforderlich, seine Unterlagen anzupassen bzw. erneut einzureichen. Unterbleibt eine entsprechende Anpassung/Erneuerung kann dies zum Ausschluss des Teilnahmeantrags oder Angebotes führen.

12.1. Unterlagen die dem Bewerber als Grundlage für die Erstellung eines Teilnahmeantrags zur Verfügung gestellt werden:

- diese Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags (AzA)
- Anlage 1 Lastenheft nebst Anhänge
- Anlage 2 Liefervertrag
- Anlage 3 Formblätter Antragsabgabe
 - Formblatt 3.1_Teilnahmeantrag

- Hinweis: Bei der Bildung einer Bewerbergemeinschaften ist pro Unternehmen jeweils die Tabelle auf Seite 1 auszufüllen!
- Formblatt 3.2_Eigenerklärung zur Eignung
 - Hinweis: Vom Bewerber bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft und/oder eignungsleihendem Unternehmen auszufüllen!
- Formblatt 3.3_Eigenerklärung weitere Ausschlussgründe
 - Hinweis: Vom Bewerber bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft und/oder anderem Unternehmen auszufüllen!
- Formblatt 3.4_Erklärung Bewerbergemeinschaftserklärung (falls erforderlich)
- Formblatt 3.5_Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (falls erforderlich)
- Formblatt 3.6_Verpflchtungserklärung Drittunternehmen (falls erforderlich)
- Formblatt 3.7_Eigenerklärung EU 2022/576 Russland
 - Hinweis: Vom Bewerber bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft und/oder anderem Unternehmen auszufüllen!
- Formblatt 3.8_Eigenerklärung Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung
 - Hinweis: Sofern der Bewerber bereits über eine entsprechende Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung verfügt, hat er den dazugehörigen Versicherungsnachweis zusätzlich einzureichen.
- Formblatt 3.9_Eigenerklärung vergleichbare Referenzen
- Anlage 4 Unterlagen zur Angebotsabgabe (Hinweis: Die folgenden Dokumente werden spätestens mit Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt!)
 - Formblatt 4.1_Angebotsbogen
 - Formblatt 4.2_Herstellerbescheinigung
- Anlage 5 Preisblatt

12.2. Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind:

- die vollständig ausgefüllte **Erklärung über die Abgabe eines Teilnahmeantrags** (Formblatt 3.1)
- die vollständig ausgefüllte **Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen** (Formblatt 3.2)
- die vollständig ausgefüllte **Eigenerklärung zu den weiteren Ausschlussgründen** (Formblatt 3.3)
- falls erforderlich, die vollständig ausgefüllte **Bewerbergemeinschaftserklärung** (Formblatt 3.4)
- falls erforderlich, dass vollständig ausgefüllte **Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen** (Formblatt 3.5)
- falls erforderlich, die vollständig ausgefüllte **Verpflichtungserklärung Drittunternehmen** (Formblatt 3.6)

- die vollständig ausgefüllte Eigenerklärung zur Verordnung EU 2022/576 Russland (Formblatt 3.7)
- die vollständig ausgefüllte Eigenerklärung Betriebs-/Produkthaftpflichtversicherung (Formblatt 3.8) (vgl. Ziff. 8.5.2)
- die vollständig ausgefüllte Eigenerklärung vergleichbare Referenzen (Formblatt 3.9) (vgl. Ziff. 8.5.3)
- ein aktueller **Handelsregistrazug**, nicht älter als 3 Monate (Stichtag: Antragsfrist) oder vergleichbar (vgl. Ziff. 8.5.1).
- die **Jahresabschlüsse** der letzten drei Geschäftsjahre einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie gegebenenfalls Anhang und Lagebericht, soweit deren Erstellung nach dem Recht des Niederlassungsstaates des Bewerbers bzw. Bieters vorgesehen ist (vgl. Ziff. 8.5.2).

12.3. Unterlagen und Erklärungen, die mit dem Angebot einzureichen sind – vorläufig:

Anmerkung: Die finale Übersicht der mit dem Angebot einzureichenden Formblätter, Dokumente, etc. wird spätestens mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe (vgl. Ziff. 7.2) bekanntgegeben.

- die vollständig ausgefüllte Anlage 1 Lastenheft
 - Hinweis: Jeder einzelne Punkt ist ein wesentlicher Bestandteil zur Erfüllung der Anforderungen für die Angebotslegung und somit zur Erfüllung des Vertrages und berechtigt bei Nichteinhaltung der darin festgelegten Bedingungen zur Zurückweisung des Angebotes.

Technische Angaben in den einzelnen Positionen sind, soweit sie nicht bereits vom Auftraggeber festgelegt sind, durch den Bieter einzutragen und gelten dann entsprechend als Bestandteil des Vertrages. Sind durch den Auftraggeber Fabrikate vorgegeben, so können auch gleichwertige Ausführungen angeboten werden. Falls eine gleichwertige Ausführung angeboten wird, ist das Aggregat/Bauteil eindeutig zu bezeichnen. Hierzu ist dann jeweils eine ausführliche technische Produktspezifikation in deutscher Sprache im Rahmen der Angebotsabgabe zusätzlich beizufügen.
 - gem. Anlage 1 Lastenheft sind die folgenden **Herstellerinformationen** (Ziff. 2.2) mit dem Angebot einzureichen:
 - je ein Übersichtsplan von außen und von innen, aus dem alle Maße wie Länge, Breite, Höhe, Stufen- und Podesthöhe, Fenster, Dachluken etc., wie hier im Leistungsverzeichnis vorgegeben, hervorgehen
 - ein Grundrissplan/-skizze mit Sitzplätzen, Stehplatzfläche, Sondernutzungsfächen o. ä. und Achslasten darzustellen
 - Vergleichbare SORT-Nachweise Klasse II
 - Wartungspläne (in deutscher Sprache) sowohl Kilometerbasiert als auch Zeitbasiert (inkl. Wartungsintervall Filtertechnologie im Klima- und Lüftungskonzept) bis zu einer Laufleistung von 900.000 Km bzw. einem Fahrzeugalter von 15 Jahren
 - Technisches Datenblatt der Hochvolt-Batterie mit Angaben zu Zyklenfestigkeit und kalendrischer Lebensdauer
 - Wenn kein Batteriewechsel vorgesehen ist: Eine genaue Darstellung der Berechnung der Nutzungsdauer der Batterie mit Angaben zu Vollzyklenzahl bzw. Gesamtenergiedurchsatz

inkl. Berücksichtigung jeder Form des Energiedurchsatzes (auch unter Berücksichtigung von Rekuperation) ist dem Angebot beizulegen. Bei der Berechnung sind die spezifischen Einsatzbedingungen des Auftraggebers zu berücksichtigen (s. Ziff. 4.4, SORT und Fahrleistung).

- Wenn ein Preisnachlass für die Reichweite angestrebt wird (vgl. Preisblatt Anlage 5, Ziff. 3): VECTO-Nachweis für den Energieverbrauch des angebotenen Fahrzeuges
- Prüfbericht/Zertifikat durch eine unabhängige, akkreditierte Stelle zur Einhaltung der UN ECE-R29.
- Darlegung der konstruktiven Maßnahmen zum bestmöglichem Schutz des Fahrpersonals bei einem Frontalcrash. Die Wirksamkeit muss erläutert werden: Beschreibung, bis zu welchem Umfang der Karroseriebeschädigung und bis zu welcher Fahrgeschwindigkeit vor Unfall der Fahrer noch geschützt (nicht verletzt bis leicht verletzt) wird und wie diese Schutzfunktion bei einem Unfall funktioniert und sich in der Praxis auf den Fahrer auswirkt. Die Robustheit des Fahrzeuges gegen eindringenden Objekten muss ebenfalls dargelegt werden.
- Skizze zur Darlegung der Trennscheibe an der Fahrerkabinentür zum Schutz des Fahrpersonals
- Die für die Instandhaltung notwendigen Spezialwerkzeuge und Testgeräte inkl. Software der Hochvoltkomponenten des Fahrzeugs müssen mit angeboten werden. Hierzu muss eine komplette Liste mit Informationen zu Typ und Hersteller sowie Preis vorgelegt werden (vgl. Anlage 5 (Preisblatt), Pos. 3).
- der vollständig ausgefüllte Angebotsbogen (Formblatt 4.1)
- die vollständig ausgefüllte Herstellerbescheinigung (Formblatt 4.2)
- das vollständig ausgefüllte Preisblatt (Anlage 5)

13. Allgemeine Hinweise und Informationen

13.1. Fragen und Auskünfte zur Vergabeplattform

Technische Fragen im Zusammenhang mit der Vergabeplattform können über das Supportcenter eingesehen werden. Dazu verwenden Sie bitte den folgenden Link:

<https://support.cosinex.de/>

13.2. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Der Teilnahmeantrag und alle Anlagen sowie nach Abgabe durch die Vergabestelle gegebenenfalls verlangte Angaben und Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen bzw. vorzulegen. Anderssprachigen Unterlagen (z.B. Nachweise oder Bestätigungen ausländischer Stellen) ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Die Vergabestelle behält sich vor, bei Zweifeln eine Beglaubigung der Übersetzung vom Bewerber anzufordern; legt der Bewerber die beglaubigte Übersetzung nicht innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist vor, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

13.3. Vertraulichkeit

Alle Unterlagen und Informationen, welche die Bewerber im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind von den Bewerbern vertraulich zu behandeln. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Teilnahmeantrags bzw. des Angebots verwendet werden.

Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers zulässig.

Wird kein Teilnahmeantrag abgegeben, so sind alle Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Darüber hinaus verpflichtet sich der Bewerber, auch gegenüber den Medien, bis zur Zuschlagserteilung keine Informationen über den Umstand seiner Beteiligung, den Stand des Vergabeverfahrens oder sonstige Umstände weiterzugeben.

Im Falle des Einsatzes von Drittunternehmen oder der Beteiligung von Bewerbergemeinschaften gelten diese Bestimmungen entsprechend.

13.4. Datenschutz

Die vom Bewerber erbetenen personenbezogenen Angaben (auch solche mit Personenbezug) werden im Rahmen des Vergabeverfahrens und – im Zuschlagsfall – für Zwecke der Vertragsdurchführung verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Teilnahmeantrags.

Informationen zum Datenschutz zum Betrieb von der eVergabeplattform sind über <https://dtvp.de/datenschutz/> abrufbar.

13.5. Kostenerstattung

Eine Kostenerstattung oder pauschale Entschädigung für die Bearbeitung und Erstellung des Teilnahmeantrags wird nicht gewährt.

13.6. Zuschlags- und Bindefrist

Die Bindefrist beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist und endet am **31.12.2026**. Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet mit Ablauf des letzten Tages um 24:00 Uhr. Zur Wahrung der Frist genügt es, dass eine Zuschlagserklärung des Auftraggebers bei dem Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eingeht (Vergabeportal, E-Mail, Post). Auf etwaige Büro- oder Dienstzeiten des Bieters kommt es dabei nicht an.

13.7. Form der Zuschlagserteilung

Die Auftragserteilung erfolgt elektronisch über die Vergabeplattform.

13.8. Vertragsgrundlage/ Besondere Vertragsbedingungen

Der Vertrag wird auf Basis des Vergabeverfahrens als Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb geschlossen.

Alle Vergabeunterlagen inklusive der im Laufe des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Bewerber-/Bieterinformationen, ergänzenden Vertragsunterlagen und weitere Unterlagen werden Bestandteil der Vertragsunterlagen.

13.9. Gender-Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

13.10. Vergabekammer

Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen können sich die Bewerber/Bieter wenden an:

1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
PF 10 13 64
04013 Leipzig
Telefon: 0341 977 - 3800
Fax: 0341 977 – 1049
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de